

Theodor Rathgeber

Wald oder Forst?

Knapp 20 Prozent der Landfläche Indiens werden von Wäldern bedeckt. Laut der Zeitschrift *Down To Earth* stellt der Wald für ungefähr 10 Millionen Angehörige von Adivasi-Völkern noch die unmittelbare Lebensgrundlage dar. Obwohl die Adivasi schon lange in diesen Wäldern leben und es offensichtlich verstanden haben, den unentbehrlichen Naturraum pfleglich zu behandeln, werden sie von Staats wegen als Störenfriede behandelt. „Encroachers“, also illegal im Wald lebend oder den Wald nutzend, ist dafür in Indien das Stichwort.

Die Entstehung dieser feindlichen Haltung gegen die ursprünglichen Bewohner des Waldes beruht auf einer längeren Geschichte der Enteignung und Nationalisierung der Waldflächen, die an dieser Stelle nicht ausgebreitet wird. Damit einher ging auch ein Deutungswechsel – aus dem Wald wurde ‚Forst‘, d.h. eine wirtschaftlich kalkulierbare Ressource. Dementsprechend müssen diejenigen, die das Wirtschaften, das Forstmanagement beeinträchtigen könnten, begrifflich und praktisch entfernt werden. Adivasi werden in diesem Sinne nicht ‚vertrieben‘ sondern ‚umgesiedelt‘ oder müssen ‚Platz machen‘ für Holzindustrie, Tourismus, National- und Wildparks, Energiegewinnung oder Industrieanlagen. Alles Zuschreibungen, die nach westlichen Entwicklungsstandards freundlich nach Arbeitsplatz, Einkommen, gesicherter Lebensführung einerseits und unberührter Wildnis andererseits klingen.

Jahrtausendealte, im besten Sinne nachhaltige Nutzungssysteme kommen in dieser Sichtweise nicht vor. Auf bis zu eine Million wird inzwischen die Zahl der Adivasi-Angehörigen geschätzt, die zwangsweise von ihrer Lebenswelt Wald entfernt wurden. Ihr Recht auf Leben im angestammten Wald wird teilweise buchstäblich mit Füßen getreten. Im Bundesstaat Assam heuerte die Forstbehörde im Mai 2002 Elefanten an, um Siedlungen der als illegal deklarierten Waldbewohner dem Erdboden gleich zu machen. In den Bundesstaaten Kerala und Chattisgarh starben im Jahr 2003 Adivasi im Kugelhagel der Polizei [vgl. Adivasi-Rundbrief Nr. 19]. Sie hatten sich der Räumung widersetzt. Im Bundesstaat Orissa fielen seit 2002 über 40 Menschen den Konflikten um Waldflächen und Waldressourcen zum Opfer.

Nicht überall wird gleich geschossen, nicht immer gehen Behörden und Geschäftemacher gleichermaßen brutal vor. Immer aber gehören die Adivasi zu den Verlierern, nicht zuletzt weil die amtlichen Beschützer vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr erkennen. Der Ermächtigungsausschuss der Bundesregierung (Central Empowered Committee, CEC) war ursprünglich einmal vorgesehen, eine der vielen einstweiligen Anordnungen des Obersten Gerichtshofes (ab 1996) umzusetzen, die den Bundesstaaten aufgab, die Rechte der im und vom Wald lebenden Gemeinschaften festzulegen. In schlechter Tradition beeilte sich die staatliche Verwaltung, möglichst wenig Anspruchsgrundlagen zu schaffen und bestehende zu ignorieren, wenn Eigentumstitel nicht zweifelsfrei zu klären waren. So verschickte der aus Umwelt- und Forstbehörden gebildete Ausschuss seit Mai 2002 den im Wald Lebenden Räumungsbefehle. Muss erwähnt werden, dass von den kommerziellen Nutzern des Waldes niemand behelligt wurde?

Dazu kam, dass das Oberste Gericht unter Wald ‚großflächige Gebiete mit Baumbestand und Büschen sowie ohne landwirtschaftliche Nutzung‘ verstand. Der

Ausschuss und das zuständige Umwelt- und Forstministerium der Zentralregierung nahmen diese Definition allzu wörtlich und kategorisierten auch Brachland als Wald, das den Dorfbewohnern als Gemeinschaftsland überlassen worden war. Auch diese gewohnheitsrechtlich den Adivasi-Gemeinschaften zustehenden Gebiete wollten die staatlichen Waldschützer fortan sichern. Einmal mehr intervenierte der Oberste Gerichtshof im Februar 2004 auf Antrag, erließ eine Verfügung gegen diese Praxis und forderte die Bundesregierung auf, sich innerhalb eines Monats zu diesem Sachverhalt zu erklären. Die Wahlen zum Bundsparlament im Frühjahr 2004 erbrachten dann eine unerwartete Antwort - einen Regierungswechsel.

So kontinuierlich die Geschichte der Enteignung, so fortdauernd die Geschichte des Widerstands und der Verteidigung ihrer Land- und Waldrechte durch lokale Adivasi-Gemeinschaften. Die Empörung über das Vorgehen des Ermächtigungsausschusses führte zu massiven Protesten und einer großen öffentlichen Anhörung in Delhi im Jahr 2003. Immer wieder berufen sich die Adivasi auf ihre Rechte aus der Verfassung (5. Anhang, Artikel 244.1 und 73. Ergänzung). Auch der 1990 veröffentlichte Bericht der staatlichen Kommission zu den registrierten Kasten und Stammesgesellschaften unter Vorsitz von B.D. Sharma belegte die Verpflichtungen der Landes- und Bundesregierungen, den Adivasi-Völkern und –Gemeinschaften ein Leben nach ihren Maßstäben zu ermöglichen und soweit wie möglich die historisch entwickelten, eigenen Institutionen zu Regelung ihrer Angelegenheiten etwa bei der Nutzung und Pflege des Waldes zu berücksichtigen.

Ein in Grenzen erfolgreicher Protest: Indiens Staatspräsident – von der Verfassung zum Schutz der Adivasi berufen – unterstrich in seiner Ansprache im Februar 2005 vor dem Parlament die Notwendigkeit, den Adivasi ihre Eigentums- und Landrechte gerade auch dort zu gewähren, wo es keine sicheren Aufzeichnungen durch staatliche Behörden gebe, aber allein der Augenschein darauf verweise, dass sie in diesen Gebieten seit Generation lebten. Die Regierung werde eine Regelung finden, die beiden Verpflichtungen des Staates – Schutz der Stammesgesellschaften und Schutz des Waldes – gerecht werde.

Zuvor, im Januar 2005, hatte der 2004 neu gewählte Premierminister Manmohan Singh ein Gesetz zur Anerkennung der Eigentums- und Landrechte der in Wäldern lebenden Adivasi verkündet ("Scheduled Tribes and Forest Dwellers [Recognition of Forest Rights] Bill"). Damit sollen die genannten Grauzonen bei unvollständiger Beurkundung zugunsten der Adivasi entschieden werden. Das Gesetz ruft außerdem die Behörden dazu auf, die Adivasi-Gemeinschaften und ihr Wissen um die nachhaltige Nutzung des Waldes in die Pläne zum Schutz und zur Ausweitung desselben einzubeziehen.

Die Konflikte um den Zugang zum und zur Nutzung des Waldes werden damit nicht beendet sein; zumal dieses Gesetz erst angekündigt, aber noch nicht in Kraft ist. Außerdem bestehen die Interessen an der kommerziellen Verwertung des Waldes und seiner Ressourcen unter Ausschluss Dritter, also der Adivasi, fort. Überdies beseitigt das neue Gesetz keineswegs die teilweise in sich widersprüchliche Vielfalt rechtlicher Normen zu Land- und Eigentumstiteln etwa im Verhältnis zu Vorhaben von nationalem, öffentlichem Interesse. Letzteres genießt Vorrang. Die Ausgestaltung der in Aussicht gestellten neuen Norm hängt also einmal mehr vom Widerstand der Adivasi sowie der Einflussnahme seitens der sie stützenden, zivilgesellschaftlichen Gruppen ab.

Erstellt aus Beiträgen von combat law Dezember-Januar 2004, den Zeitschriften Down To Earth vom 15. Januar 2003, 15. März 2003 und 15. Juli 2003, Frontline 26. September 2003, Economic and Political Weekly 15. November 2003, The Hindu Februar 2005, Nachrichten aus dem e-mail-Netzwerk der Adivasi-Koordination und Adivasi-Rundbriefen (letztere sind beziehbar über adivasi.koordination@gmx.de)

Erstveröffentlichung in pogrom-bedrohte völker (Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen) Nr. 230, 2/2005